

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Katharina Beck (KV Hamburg-Nord)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 96 bis 97 einfügen:

Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die Definition von KMU anheben.

Wir wollen Bürokratieabbau in der kommenden Regierung zur Chefsache machen, damit dieses Land und die Wirtschaft einfach funktionieren. Bürokratieabbau, also die Abschaffung unnötig gewordener Regeln und die Vereinfachung von Prozessen, ist Kärnerarbeit über alle politischen Ebenen und durch alle Ressorts hinweg. Diese gemeinsame Kraftanstrengung würde bei uns eine der zentralen Prioritäten im Kanzleramt sein. Wir werden dabei Regeln unter dem Prinzip von "Aufwand und Ertrag" auf ihre Nützlichkeit überprüfen und stringent abbauen, wenn die Nachteile die Vorteile überwiegen.

Begründung

Klare Benennung als Kanzleraufgabe ist wichtig. Bisherige Verortung im Justizministerium hat schlecht funktioniert.

Außerdem die Benennung auch vom Prinzip von "Aufwand und Ertrag" nötig, denn nicht alle Rahmenbedingungen sind schlecht, aber viele sind schlecht gemacht oder erübrigen sich heute dann doch.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Sascha Müller (KV Schwabach); Bruno Hönel (KV Lübeck); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Bernhard Herrmann (KV Chemnitz); Sabine Ponath (KV Berlin-Pankow); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Michael Kellner (KV Uckermark); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Sandra Detzer (KV Ludwigsburg); André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Martina Georg (KV Tübingen); Gerald Heere (KV Hannover); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Marie-Christin Kracht (KV Leipzig); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.